

Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

Januar 2007

Nr. 1 • 3. Jahrgang

Leitbild

3 „Zentrale Orte“ und abgehängte Regionen

Im Mittelpunkt

6/8 Stern, Kirchsteigfeld und Drewitz

Gemeinsam

9 Im Blick: Parteibildungsprozess DIE LINKE

Big Brother is watching you

Landtags-Debatte zum neuen Brandenburgischen Polizeigesetz/Trotz Einwänden beschlossen

Eine fristlose Regelung zur Videoüberwachung auf öffentlichen Straßen und Plätzen, der Große Lauschangriff, die Überwachungen der Telekommunikation und bei Autokennzeichen – das sind die Reizwörter, die in das neue Brandenburgische Polizeigesetz nach dem Willen der im Lande regierenden Koalitionäre Einzug halten. Jedenfalls so beschlossen Mitte Dezember '06 trotz zahlreicher Einwände und Bedenken von Datenschützern, Rechtsexperten und der Linkspartei.

„Big brother is watching you“ – eine umfassende Überwachung der Bevölkerung also – lässt „grüßen“. Die parlamentarische Behandlung der 4. Novelle zu diesem Polizeigesetz fand im Dezember des eben zu Ende gegangenen Jahres vor dem Hintergrund eines forcierten Personalabbaus bei der Polizei, der daraus resultierenden Schließung von Polizeiwachen und der beabsichtigten ersatzlosen Streichung des Weihnachtsgeldes für Beamte statt. Die Reaktionen auf diese Entwicklung waren deutlich und sie wirken sich auf die öffentliche Sicherheit im Land Brandenburg aus. Im Mittelpunkt stand und steht die Frage, welche Aufmerksamkeit dem „Faktor Mensch“ in der Polizeiarbeit beigemessen wird. Innenminister Schönbohm (CDU) verteidigte „sein Werk“, es gehe darum, die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, damit sie ihre Freiheitsrechte wahrnehmen könnte. Linkspartei-Innenexperte Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL) vermittelte dazu in der Landtagsdebatte den Standpunkt seiner Partei. Lesen Sie auf **SEITE 11**.



Auf ein Wort...

Das große Jahr der Linken

Dieses 2007 ist für die Linken in Deutschland ein wichtiges Jahr. Den ersten Schulterschluss demonstrieren Linkspartei, PDS, WASG und Sympathisanten – Linke also – zum traditionellen Gedenken am 14. Januar (9.15 Uhr!) in der Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde sowie zur Kranzniederlegung am Landwehrkanal. Gemeinsam ehren sie Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht anlässlich des 88. Jahrestages ihrer Ermordung. Ein guter Start und auch ein gutes Omen für die Linken.

Denn im März schon werden auf parallel stattfindenden Parteitagen Linkspartei und WASG die im Dezember '06 beschlossenen Dokumente für die Parteineubildung beraten. Und schließlich – im Sommer 2007 – werden beide Partner die neue Partei – DIE LINKE – bilden. Das Jahr 2007 wird also DAS Jahr der Linken – packen wir's gemeinsam an!

Michael Berthold

Landtagsumfrage – Demokratie lernen

Die Stadt Potsdam tut sich schwer – mit vielem. Wer im Vergleich die anderen ostdeutschen Landeshauptstädte in ihrer Entwicklung nach der Wende betrachtet, kann dies auch am äußeren Erscheinungsbild messen. Mag jedes einzelne Projekt, jeder Stadtteil seine eigenen individuellen Gründe für verzögerte Entwicklung haben – unter dem Strich bleibt, dass eine Stadt mit hervorragenden Ausgangsbedingungen seit Jahren zu wenig aus sich macht. Ursachen? Spätestens seit der missglückten Beschlussfassung über den B-Plan zur Errichtung des neuen Landtages auf dem Grundstück des ehemaligen Stadtschlösses ist bundesweit bekannt, dass Potsdam unter den gegenwärtigen Bedingungen kaum regierbar ist. Es entsteht der Eindruck, dass zwischen und innerhalb von Rathaus, Stadtverwaltung und Stadtverordnetenversammlung Jeder gegen Jeden kämpft. Argumentationslinien sind

oft schwer erkennbar. So traf es alle Parteien unvorbereitet, dass der durch eine Reihe von Vorbeschlüssen als sicher geltende Bau des neuen brandenburgischen Landtages in der alten Potsdamer Mitte plötzlich am B-Plan-Beschluss in geheimer Abstimmung gleich zwei Mal scheiterte. Was nun? Fakt ist, dass nach über einem Jahrzehnt Debatte über die Zukunft des Alten Marktes an Für und Wider fast alles gesagt ist. Fakt ist, dass der Zustand des Landtages am Brauhausberg auf weitere Sicht unhaltbar ist. Und Fakt ist auch, dass es auch weitere Standortmöglichkeiten in Potsdam gibt. Was liegt näher, als Bürgerinnen und Bürger zu befragen, wenn die gewählten Vertreter sich auf keine Lösung einigen können? Der Potsdamer Linkspartei gelang es, die anderen Parteien von diesem Weg zu überzeugen. Damit haben zum ersten Mal die Potsdamerinnen und Potsdamer auch zwischen den Wahlen die Chance,

ihre Meinung zu einem bedeutsamen Vorhaben zum Ausdruck zu bringen. Doch jetzt beginnt erst der eigentlich spannende Teil des demokratischen Aktes. Wie werden die Stadtverordneten das Ergebnis der Bürgerbefragung werten? Wie viel Vorsprung muss der Sieger haben – um auch Sieger zu sein? Wird es wie beim Kampf um manchen Profi-Box-Titel verlaufen – nicht nach Punkten wird gezählt, sondern nur ein KO-Sieg für den Herausforderer? Oder reicht eine Nasenspitze Vorsprung wie beim 100-Meterlauf? Und überhaupt – wie wird sich der Bürger entscheiden? Am Erscheinungstag dieser Zeitung wissen wir zumindest, wie die Bürgerbefragung ausgefallen ist. Wie das Ergebnis interpretiert wird – darauf darf man gespannt sein. Demokratie nur, so lange sie die eigene Position bestärkt? Das wäre eine Niederlage für die Demokratie – und damit für jede Partei.

P.H.

Hier errichten notorische Weltverbesserer

DIE NEUE LINKE.

Sie nehmen dazu Geduld, Toleranz, Sachverstand und gehen mit Humor ans Werk.

Gesponsert wird der Bau weder vom dicken Geld, noch von Unternehmerverbänden. Auch hat der Papst ihn noch nicht gesegnet. Möge er trotzdem gelingen!

DIE LINKE. PDS **WASG**

Rückblick 2006: Meinungen zum Landtagsneubau

M. Springer

„Die Investitionen in das alte Stadtbild sind eine sinnvolle Zukunftsinvestition. Vor allem Tourismus und Kultur müssen in Potsdam wachsen, sich entfalten. Und Kultur zieht auch neue Investitionen und Arbeitsplätze an.“

Kultur aber heißt auch, Stadtbildpflege nicht mit Mitteln der Ideologie zu betreiben, Neues wagen. Das Stadtschloss könnte auch ein guter Kulturstandort werden, der Urbanität statt einer Bannmeile schafft.“

thomas

„Ein abgehobeneres Vorhaben, als die Errichtung eines mehrfach teureren Landtagschlosses, mitten auf Potsdams wichtigster Kreuzung, kann es ja wohl kaum geben. Ein Landtagsschloss würde die Stadtmitte nicht beleben, sondern wäre der letzte Beitrag zu ihrer Verödung. Die Treppenhäuser, Pressebereiche und Zuschauerränge im Plenarsaal im Stadtschloss als „öffentliche Nutzung“ zu bezeichnen, ist grotesk. Ein Nobelrestaurant, in dem kein normalsterblicher Potsdamer jemals essen können wird, dazu gerechnet, und schon kommt man auf die angestrebten 40% „öffentlicher“ Nutzung. Alles Augenwischerei und Verbalakrobatik!“

Benjamin Karl:

„Statt allen Verkehr an eine zentrale Kreuzung zu führen, gäbe es (beim Bau auf dem Schlossgrundriss – d. Red.) viele kleine Verknüpfungen, was in der Summe sehr viel effizienter ist. Der Rückbau (der Breiten Straße – d. Red.) bringt auch mittelfristig eine Reduktion der Verkehrsbewegungen mit sich, bei gleichzeitigem Ausbau von Radwegenetz und ÖPNV sehr deutlich. ... Ich finde die Idee super, eine Stadtbibliothek an dieser Stelle unterzubringen.“

Ralf Jäkel (Linkspartei):

„Mit alternativen Ansätzen“ wird auch die Entwicklung der Mitte von einer echten Mehrheit getragen sein wie in Dresden, wo man übrigens die Frauenkirche nicht auf der wichtigsten Verkehrskreuzung geplant hat und sie auch nicht mit der Funktion eines Verwaltungs- oder Parlamentsgebäudes gefüllt hat! Der Landtag kommt in einen Neubau neben dem Alten Markt, wo jetzt das Wellblechtheater steht, auf dem Stadtschlossgrundriss wird das Fortunaportal mit seinen Halbbögen wieder errichtet. Daran können sich zwei Kopfbauten anschließen. Das Erdgeschoss sollte Gastronomie und öffentlichen Nutzungen vorbehalten sein.“

Ronny Besancon:

„Meiner Meinung nach das wichtigste Argument gegen einen Landtag an dieser Stelle ist...: Tagsüber wird fleißig regiert und nachts plus Wochenende ist da dann tote Hose. Mein Vorschlag: Die Reste des Schlosses ausbuddeln, Glasplatte drüber und ein Stadtschlossmuseum an die Stelle der Blechbüchse.“

Tagesspiegel online, 12.6.2001:

„Ingenieurkammer und Architektenbund haben sich dafür ausgesprochen, den neuen Landtag auf der Industriebrache zwischen Hauptbahnhof und Speicherstadt zu errichten.“

Die Welt.de, 2006, Rainer Speer (SPD):

„Ein Landtagsneubau in der Stadtmitte ist wahrscheinlich schwerer vermittelbar, da die Schaffung der Infrastruktur wie Verlegung der Straßenbahn und Absenkung des Geländes zusätzlich Geld kosten. ... Wenn der Landtag am Alten Markt unterkommt, dann in einem Kubus, dessen Fassade später ergänzt werden kann.“

Die Welt, 18.3.05:

„Ein Kompromiss wäre der zeitgemäße Neubau auf dem Alten Markt – ... denkbar ist dabei, den bisherigen Straßenverlauf so zu belassen wie er ist, obwohl er teilweise über das historische Schlossgelände führt.“

[solid]-Sprecher Daniel Poensgen:

„Was der Landtag nicht vermocht hat, hat die SVV geschafft: Zu spüren, dass in Zeiten von extrem knappen Kassen der Neubau eines prunkvollen Landtages das falsche Signal ist. Potsdam und Brandenburg brauchen eine neue Politik, die dort investiert, wo es nötig ist, nämlich in Bildung, Arbeit und Kultur.“

Die Welt, 5.12.2006, Georg Friedrich Prinz von Preußen:

„Das Stadtschloss galt neben Sanssouci als Hauptwerk des friderizianischen Rokoko. Die durch seinen Abriss verursachte Lücke ist bis heute deutlich spürbar. Meiner Meinung nach könnte nur ein Gebäude in der historischen Kubatur wieder die einstige städtebauliche Wirkung entfalten.“

PNN online, 4.12.2006, Stefan Lindemann:

„Welche Belegung der historischen Mitte erhofft man sich durch den Landtag? Werktags von 9 bis 18 Uhr? Das ist doch absurd!“

BauNetz, 15.11.06, Henning Sigge:

„Aber die fehlende baukulturelle Legitimation solcher Projekte (gemeint sind Freizeitbad und Landtag – d. Red.), die statt auf architektonische Qualität auf billige Schlagworte („Schloss!“, „Pritzkerpreisträger!“) setzen, schlägt sich eben auch in den politischen Ergebnissen nieder. Bleibt zu hoffen, dass sich für den Landtag eine bezahlbare und architektonisch wie städtebaulich befriedigende Alternative finden lässt – ein offener städtebaulicher Ideenwettbewerb wäre wohl das angemessene Instrument.“

Die Welt.de, 19.10.06, über Saskia Hüneke (Bündnisgrüne):

„Sie befürchtet ..., dass beim Neubau auf die charakteristischen Risalit-Vorsprünge des Originals verzichtet werden könnte, die die Fassade gliederten. Dies ist ihrer Ansicht nach „nicht nur die Strukturelemente des Landtagsgebäudes, sondern Elemente, die an dieser Stelle das gesamte Stadtbild prägen“.“

Berliner Zeitung, 4.5.06, Dagmar Enkelmann (Die Linkspartei):

„Es ist nicht hinnehmbar, wenn für 31 Millionen Euro ein Verkehrschaos produziert wird.“ Dieser Betrag wird für Straßenverlegungen bei Orientierung am Schlossgrundriss veranschlagt.

IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt.

HERAUSGEBER: Kreisvorstand der Linkspartei.PDS, Potsdam: **Pete Heuer**, Vorsitzender. Alleestr.3, 14469 Potsdam. **VERLAG:** petit edition Potsdam – Verlag und Mediaconsult: **Norbert Fiebelkorn**, Verleger: Friedrich-Ebert-Straße 38, 14469 Potsdam (Verlag und Redaktionen) **Bernd Martin**, Chefredakteur (V.i.S.d.P.); Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9; email: pas.redaktion@gmx.net; **ANZEIGEN:** Sekretariat.

BANKVERBINDUNG: Deutsche Bank Berlin Kto-Nr. 0311654; BLZ: 100 700 00

DRUCK: OSSI-Druck Brandenburg. „PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.

BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv

Dach & Wand Ltd. bietet an:

z.B. 100 m² Dach
(Incl. Abriss, Entsorgung, Folie, Lattung, Tonpfanne naturrot)

nur 4.980,-€ oder für nur 54,-€* im Monat
*100% Auszahlung, effektiver Jahreszins 4,28%

- Fassadenbau mit innovativen Lösungen für feuchte Außenwände
- Flachdachsysteme
- Innenausbau/Komplettlösungen

Schnell handeln lohnt sich!
Bei Vertragsabschluss bis 31.01.2007 erhalten Sie 10% Rabatt

Hohendorfer Straße 11, 39218 Schönebeck, Tel.: 0391 5639547

EHRUNGEN FÜR ROSA UND KARL ZUM 88. JAHRESTAG IHRER ERMORDUNG

In Berlin am Sonntag, dem 14. Januar 2007:

Stilles Gedenken in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde (9.15 Uhr), Demonstration zur Gedenkstätte sowie Kranzniederlegung am Landwehrkanal

In Potsdam am Sonntag, 21. Januar, um 11 Uhr im Lustgarten „Herz und Flamme der Revolution“

„So ist das Leben und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem.“

Rosa Luxemburg

Brandenburg als „Hauptstadtgarnierung“ oder mit eigenen Stärken?

Verkündung nach Gutsherrenart: „Zentrale Orte“ und abgehängte Regionen

Als Ministerpräsident Matthias Platzeck 2005 verkündete, welche Regionen im Land als förderungswürdig betrachtet würden, führte das in den ländlichen Regionen zu Empörung.

Für Kritik sorgte jedoch nicht nur, dass für große Landstriche keine Perspektiven entwickelt werden sollten, sondern auch die fehlende Beteiligung gesellschaftlicher Akteure. So stellte die FDP Brandenburg auf ihrem Landesparteitag am 12. März 2005 fest: „Tausende von Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft durften aus der Zeitung erfahren, dass Ministerpräsident Platzeck die wichtigste politische Entscheidung in Brandenburg, die entscheidend das Leben in allen Landesteilen für die nächsten Jahrzehnte prägt, nach Gutsherrenart verkündet.“ Sie wünschte sich einen breiten öffentlichen Diskurs aller Beteiligten: „Vor allem ist eine angemessene und frühzeitige Beteiligung der Betroffenen unerlässlich. Ohne weitgehende Akzeptanz bei den Bürgern ist eine so große Weichenstellung für die Zukunft des Landes nicht zu bewältigen.“, hieß es beim Landesparteitag.

Die FDP forderte demgegenüber, dass alle Kreistage und Stadtverordnetenversammlungen, Bürgermeister sowie Kammern und Verbände in die landesweite Diskussion einbezogen werden. Diese Debatte müsse ergebnisoffen geführt werden: „Eine Scheindebatte, bei der, wie bei der kommunalen Neugliederung geschehen, eine Einfluss- und Mitentscheidungsmöglichkeit nur vorgetäuscht wird, darf es nicht geben.“

Grüne Wirtschaftszweige kommen zu kurz

Kritik hagelt es aber auch inhaltlich. Unter der Überschrift „Leitbild statt Leitbild“ heißt es im Juni 2005 in einer Pressemitteilung von Bündnis 90 / den Grünen, sie teilten die Kritik des Instituts für Regionalentwicklung und Strukturplanung, wonach das vermeintlich neue Brandenburger Leitbild vornehmlich auf klassische Industriebranchen zugeschnitten sei. „Dienstleistung, Wissenschaft und Forschung und vor allem grüne Wirtschaftszweige kommen zu kurz“, sagte die Landesvorsitzende von Bündnis 90 / den Grünen, Katrin Schröder. Richtig sei der Ansatz, „Stärken zu stärken“, aber hier würden das alte Festhalten an der Gießkannenförderung

und die diffuse Ausweisung von Wachstumsbranchen als neues Konzept verkauft. „Brandenburg muss ... nicht nur Wissenschaft und Wirtschaft besser verknüpfen, sondern auch die Potenziale von Umwelttechnologien, der integrierten ländlichen Entwicklung und Dienstleistungen wie Wohnen im Alter oder den natur-



nahen Tourismus konsequent ausschöpfen“, wünschten sich die Grünen.

Die FDP merkte an, dass angesichts steigender Ausgaben alle finanziellen Leistungen auf den Prüfstand müssten. „Die verfassungsrechtliche Aufgabenstellung der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in den Regionen des Landes ist zu beachten. Der zukünftige infrastrukturelle Mindeststandard und eine kommunale Grundausstattung müssen klar definiert werden.“ Zu fördern seien Projekte nach Erfolgsaussichten, Wertschöpfung und Effizienz - die Region dürfe nicht entscheidendes Kriterium sein. Und auch hier wird der Ruf nach mehr Eigenverantwortung und Selbstbestimmung der Kommunen laut, die die Landesverwaltung reduziert.

Regierung beschloss „Leitbild der Hauptstadtregion“

Immerhin – die öffentliche Debatte hatte die SPD mit ihrem provokanten Zukunftsentwurf für das Land angestoßen. Sie hält bis heute an. Am 1. August 2006 beschlossen die Landesregierungen Berlin und Brandenburg einen Extrakt daraus als „Leitbild Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg“.

Sie formulieren den Anspruch eines Leitbildes so: „Das Leitbild identifiziert die vorhandenen Stärken und Potenziale dieser Region, beschreibt die Ziele der gemeinsamen Entwicklung und benennt Schritte zur Umsetzung. Damit soll den Bürgerinnen und Bürgern, der Politik, den Regierungen und Verwaltungen, der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, den Verbänden, Kammern und Institutionen ein gemeinsamer Orientierungsrahmen geboten werden.“

Der Beschluss der Landesregierungen von Brandenburg und Berlin nahm kritische Akzente aus der Diskussion produktiv auf. Dennoch kriti-

sierte die Linkspartei: „Nicht hinreichend verankert wurde der Ansatz von einem „Brandenburg der Regionen“ ... Brandenburg ist mehr als die Metropolen-Region. ... Alarmierend ist, dass sich die unterstützenswerten Elemente des Leitbildes nicht oder nicht hinreichend im Vorentwurf zum Gemeinsamen Landesentwicklungsprogramm widerspiegeln.“

Kritisch betrachtet die Linksfraction im Landtag vor allem, dass die Entwicklung des Landes Brandenburg sich zu stark auf die Bundeshauptstadt ausrichtet. Damit verbinde sich nach wie vor ein Rückzug aus ländlichen Räumen. Brandenburgische Außenregionen müssten vielmehr in ihrer Bedeutung als Nahtstellen zu den Wachstumsregionen Mittel- und Osteuropa sowie Skandinavien erfasst werden. Darüber hinaus bleiben viele Aussagen im Regierungsbeschluss zu unkonkret – zum Beispiel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Forderungen im Bereich der Bildung stimmen nicht mit der Landespolitik überein.

„Unsre Heimat“ als Alternativentwurf der Linkspartei

Da sich grundsätzliche Sichtweisen auf die Entwicklung des Landes unterscheiden, legte die Linkspartei Brandenburg im Oktober 2006 einen vom Landesparteitag verabschiedeten alternativen Leitbild-Entwurf vor. In dem Papier wird stärker auf die „Vielfalt gleichberechtigter Regionen“ sowie eine stärkere Autonomie und Kompetenz vor Ort statt Zentralismus aus Potsdam Wert gelegt. Die Linkspartei tritt dafür ein, ausgewählte „zentrale Orte“ und die „Städte“ im dünn besiedelten Flächenland zu stärken und Wirtschaftsförderung auf nur noch sechs bis sieben Wachstumsbranchen zu konzentrieren – die Regierung fördert 17 Branchen. Die Partei zeigt sich außerdem offen für eine Kreisgebietsreform. In der Bildungspolitik fordert die Linkspartei eine längere Gemeinschaftsschule, wie sie jetzt auch die rot-rote Koalition in Berlin anstrebt.

Mit Vorschlägen zu folgenden Aspekten lädt die Linke bis zum Herbst 2007 zur öffentlichen Debatte ein:

- 1 Gleichwertige Lebensverhältnisse in vielfältigen Regionen
- 2 Demokratische Teilhabe: Schlüssel für zukunftsfähiges Gemeinwesen
- 3 Arbeit für ein Leben in Würde
- 4 Ökologische Herausforderung als Chance
- 5 Demografischen Wandel gestalten
- 6 Politisches Handeln solide finanzieren.

In den nächsten Ausgaben werden Vorstellungen zu einzelnen Themen detaillierter beleuchtet. -ed-

Glossiert

„Verräter und Provinz-Eier?!“

Die tägliche Zeitungslektüre geriet die letzten Wochen für die Potsdamer zur Tortur. Migräne-Patienten wurde sie sogar ärztlich untersagt. Böswilliges Gezänk, gepaart mit persönlichen Angriffen, sind für die Gesundheit nicht wirklich förderlich. Erst recht nicht, wenn man es mit dem Kopf hat. Für besonders empfindliche Gemüter bestand sogar die Gefahr, etwas am Kopf zu bekommen. Ja genau, es geht um den Landtag und um die Wiedererrichtung des Stadtschlusses auf dem Alten Markt. Soll der Landtag nun ins Stadtschloss, oder soll er woanders hin oder wie jetzt? Da sind auf der einen Seite die so genannte Schlosskoalition aus SPD, CDU und Grünen, die in zwei Abstimmungen trotz rechnerischer Mehrheit selbige nicht zuwege brachte, und auf der anderen Seite die Linkspartei.PDS. Sie war von vornherein dagegen. Gegen den Landtag im Stadtschloss, das erst noch gebaut werden müsste. Zu teuer – und die Potsdamer Mitte würde dadurch auch nicht belebt, es sei denn, Sven Petke hielte jeden Tag eine Rede. Darf man das sagen? Und dann ist da noch Günther Jauch. Er spendierte das Fortunaportal im Glauben an eine Positiventscheidung für das Stadtschloss. Nun ist er sauer, der Günther, weil er einen ausgegeben hat und die Stadtverordneten nicht nach seiner Pfeife tanzen wollten. Wenn der Günther das gewusst hätte, wäre er lieber zu Udo Walz gegangen und hätte das Geld für eine schöne Firsur ausgegeben. Und weil der Günther verärgert ist, sind die Stadtverordneten auch alle Verräter und Provinz-Eier, oder so ähnlich. Nun hat die Linkspartei.PDS einen Vorschlag gemacht. Weil alle Kopfweh hatten, der Oberbürgermeister, seine Schlosskoalition und der Günther. Die Bürger sollen befragt werden, wo der Landtag hin soll. Ins Schloss, ins Palais Barberini, in die Speicherstadt oder woanders hin? Und weil das ein guter Vorschlag war, haben die anderen die Linken gelobt. Vorher mochten sie sie nicht. Weil ihre Großväter das Stadtschloss abreißen ließen, weil es im Sommer zu heiß war, weil der Winter keiner ist und überhaupt haben sie immer eine eigene Meinung. Jetzt denken der Oberbürgermeister, seine Schlosskoalition und der Günther, dass die Bürger für das Stadtschloss stimmen. Weil sie Kopfweh haben und wollen, dass alles schnell vorbei ist. Silvester war's vorbei. Ende gut – alles gut? Schau'n wir mal... auf die kommenden SVV-Abstimmung... Tino Erstling

Zur „Endlösung der Judenfrage“ trafen sich am 20. Januar 1942 in einer Villa am Wannsee Organisatoren des Todes. Von nun an werden die Juden im Reich und in den besetzten Gebieten systematisch umgebracht.

Wenige Tage vor der Wannseekonferenz – am 11. Januar 1942 – trifft es bereits die Potsdamer Juden. Der erste Transport verlässt Potsdam. Zu den 40 Juden gehört auch Johanna Rosenthal, eine der zwei Überlebenden. Sie gibt 1945 folgenden Bericht: „Als wir zwei Tage vor unserer Evakuierung von der Gestapo Pots-



Das Ghetto in Riga existierte von 1941 bis November 1943.

dam Listen bekamen, um jeglichen Besitz aufzuführen, wurde extra betont, es liegt kein Grund zur Beunruhigung vor. Im Laufe des Donnerstag bekamen wir [...] die Aufforderung, am Freitag früh 8 Uhr uns bei der Gestapo einzufinden. Dort wurden uns 2 Beamte angehängt, um mit denen in unsere Wohnungen zu gehen. Hier angelangt, offenbarte man uns, wir müssten sofort unsere Wohnung aufgeben, da wir einen neuen Wohnsitz im Osten bekämen. Das Notwendigste

In den Tod

1942 - der erste Transport jüdischer Bürger Potsdams ins Ghetto

durften wir unter Aufsicht packen zum Mitnehmen. Aber niemals haben wir davon einen Gegenstand gesehen. Um 11 Uhr waren wir schon wieder auf der Gestapo, wo man uns sämtliches Geld und Papiere abnahm. Alsdann sperrte man uns ein auf 2 Tage. Sonntag, den 11. 1., ging es mit verdeckten Autos nach Berlin, um hier einem Transport angeschlossen zu werden...

Am Dienstag, dem 13. 1., transportierte man uns... 1200 Personen im ungeheizten, überfüllten Zug nach Riga. Essen und Trinken war das erste, was man uns abgewöhnte, also ging's 3 Tage und 3 Nächte ohne einen Schluck Wasser oder sonst etwas ab. Bei 40 Grad Kälte kamen wir am Freitag, dem 16. 1., nachmittags in Riga an. Mit Stockhieben und Geschrei wurden wir am Bahnhof von der deutschen und lettischen SS empfangen [...] Wir fanden das Ghetto in furchtbar verwüstetem Zustande vor. Anfang Dezember hatte man ca. 35.000 – 40.000 lettische Juden dort an Ort und Stelle erschossen. Gefüllte Teller und Töpfe standen noch auf den Tischen...

Man behielt immer ein paar kräftige Männer für Aufräumarbeiten an der Bahn. Bei unserem Transport blieb Feist junior und Gerd Wohl zurück. Vergeblich hat man sie im Ghetto erwartet. Feist sen., Gersmann A., Meierstein/Fahrland, Selma Mannheim, Rubertz Friedchen und ein Frl. Grossmann aus Geltow blieben bei den Kranken zurück. Trotz aller Verzweiflung mussten wir uns ein Heim schaffen. In den ersten 4 Monaten wohnte ich mit Spriaskis, Salomons, Frau Urbach und Frau L. Gersmann zusammen. Schlafen auf dem Fußboden, 2 Scheiben Brot am Tag, so vergingen Monate [...] Ende März und Anfang April wieder etwas ähnliches im gesamten Ghetto. Pa-

pell vorm Kommandanten. Wieder waren viele Tausend weniger. Bei dieser Aktion waren Frau Urbach und Fränze Grand dabei [...] 5 – 6 stündige Appelle ohne jeden Grund bei 35 – 38 Grad Kälte waren des häufigeren. Ungefähr Mitte März verstarb Herr Samter an Hungertod und Erfrierungen [...] Ungefähr im August verstarb Herr Gormanns, im September Rose Pohn [...] Dass Dornbuschs sich schon 8 Tage nach unserer Ankunft selbst das Leben nahmen, vergaß ich zu berichten.

Am 2. November (1943) war noch einmal eine Riesenaktion in unserem Ghetto. Es wurden 2260 Männer, Frauen und Kinder in Viehwagen verladen, um ins Ungewisse befördert zu werden. Man erzählte Stockhieben und Verantwortungen [...] Unzählige Kinder ihren Eltern entrisen [...] Am 2. Nov. waren Geschw. Rubert, Frau Gormanns, Frau Fabian und Frau Meierstein dabei. Apriaskis, Fr. Gersmann, Salomons, Lotte Henschel, Reg. Hirschberg, Margot Brauer, Stella Löwenberg, Inge Mannheim waren schon im Laufe der Zeit zum (KZ) Kaiserwald kaserniert. [...] Frau Feist war bei dem vorletzten [...] Transport dabei. Also blieb ich als einzige (Potsdamerin) zurück...“

Nachsatz: Die Stadtverordnetenversammlung beschloss am 03. September 1997, im Potsdam-Museum eine Abteilung „Jüdische Geschichte in Potsdam“ einzurichten. Damit sollte ein Zeichen gesetzt werden, das von einer neuen historischen Sicht und Verantwortung auf die eigene Geschichte kündigt. Der Beschluss erlebt in diesem Jahr sein zehnjähriges Jubiläum! Wie viele Jahre werden die Potsdamer und die Gäste unserer Stadt noch auf die beschlossene Abteilung des Potsdam-Museums warten müssen? -rt

Beleuchter in der Braunkohle

In der Wirtschaft der DDR ging es nicht immer logisch zu. Riss an der einen Stelle ein Loch auf, wurde versucht, es zu stopfen – auch, wenn dadurch ein anderes aufgerissen wurde. Beispielsweise bei der Erfüllung des Kohle- und Energieprogramms der DDR 1958.

Am 25. Januar 1958 gingen 24 Beleuchter für vier Wochen in die Braunkohle. Bei der DEFA wusste man nicht, wie man ohne Beleuchter auskommen sollte und in der Braunkohle haben sie sicherlich auch nicht viel bewegen können. Dennoch wurden 1958 bei der DEFA nicht weniger als 19 Spielfilme gedreht. Darunter „Emilia Galotti“, „Der Lotterieschweide“ und „Tilman Riemenschneider“.

Blitz contra Wattfraß

Die Kohle- und Energiewirtschaft der DDR hatte bei jeder kalten Witterung erneut ihre Bewährungsprobe zu bestehen. So auch in den Januar Tagen 1958.

Die FDJ nahm sich dieses Problems an und führte vom 15. – 17. Januar 1958 in Potsdam die „Kampftage der Jugend gegen Stromsünder“ durch. Losung: „Blitz kontra Wattfraß“. „Greift den Wattfraß blitzschnell an, damit er nicht mehr fressen kann!“, wurde gereimt.

Allein am 16. Januar 1958 wurden folgende Ergebnisse gemeldet: Bahnhof Potsdam 3.500 Watt, in der Schule 40 waren es 35.185 und im VEB Bau-Union Potsdam 40.000 Watt Einsparungen.

Eulenspiegel bei der DEFA

Der Spielfilm „Die Abenteuer des Till Eulenspiegel“ hatte am 04. Januar 1962 seine Premiere. An ihm wurde bereits seit 1947 gearbeitet, passte doch die Geschichte von einem, der mit List und am Ende mit Erfolg gegen eine Okkupationsmacht kämpft, gut in die politische Landschaft. Schauplatz des Films sind die Niederlande im 16. Jahrhundert. Die Spanier besetzen das Land der Geusen und schwemmen eine Welle von Mord, Raub und Brandschatzung über die Menschen. Eulenspiegel selbst ist betroffen – und setzt sich zur Wehr. Am Ende rettet der mutige Volksheld gar dem Herzog von Oranien das Leben und bekommt endlich seine Verlobte Nele zur Frau!

Keine Geringeren als Bertolt Brecht und Günter Weisenborn engagierten sich an und für den Film, der das

Romanepos von Charles de Coster zur Vorlage hatte. Der Erfolg des Films war auch durch den Schauspielere, der zugleich die Regie übernommen hatte, garantiert: das junge, große, französische Schauspielertalent Gérard Philipe! Doch auch namhafte Schauspieler der DDR hatten an dem Erfolg ihren Anteil. Erwin Geschonneck beispielsweise, Wilhelm Koch-Hooge und auch Marga Legal seien genannt. Der Eulenspiegel-Film war – und das ist wichtig zu bemerken – die erste von vier Co-Produktionen zwischen Frankreich und der DDR. Und so sah schließlich die Kritik den Film: „Was dem Kritiker blieb, war ein vom Lachen fast schmerzliches Zwerchfell, gemildert durch leise Wehmut, wenn er an den Eulenspiegel Charles de Costers dachte.“

Kleiner Mann mit großem Herzen – ein Abend für Otto Wiesner

Das war kein gewöhnlicher Tag, der 09. November 2006. Vor einem Jahr, am 09.11.2005, am 67. Jahrestag der „Reichspogromnacht“, konnte sich Otto Wiesner gemeinsam mit seinem Häftlingskameraden Willi Frohwein im „Goldenen Buch“ Potsdams verewigen. Seither steht der Name des Antifaschisten, Sozialisten und Schriftstellers Otto Wiesner unter einem Gedicht, das er Potsdams Wildpark widmete.

Diese zwei Ereignisse waren Anlass genug für einen literarisch-musikalischen Abend in Erinnerung an ihn, den kleinen Mann mit dem großen Herzen.

Ich gebe es zu – mit einer so großen Resonanz hatten wir nicht gerechnet. Etwa 80 Personen waren unserer Einladung – in Presse und persönlich – gefolgt! Das war von daher schon ein Erfolg. Dass der Abend wirklich zu einem Erlebnis wurde, verdanken wir vor allem Ottos ehemaligen Mitstreitern des Literaturkollegiums Brandenburg. Sie alle – Walter Flegel, Marianne Schmidt, Manfred Richter, Hermann Otto-Lauterbach, Waldemar Sei-

farth – waren unserer Einladung gefolgt. Zu ihnen gesellte sich Brunhilde Hanke, die in vielen Jahrzehnten ein herzliches Verhältnis mit Otto verband. Alle erinnern sich gern an Otto. Das spürte man in jedem Satz. Da wurden Ereignisse lebendig, die schon viele Jahre zurückliegen. Da wurden ganz unterschiedliche Seiten der „Medaille Otto“ sichtbar, sowohl in den vorgetragenen Textstellen und Gedichten, als auch in den persönlichen Erinnerungen. Da wurde viel gelacht, herzlich gelacht über Ottos Witz, über seinen Charme. Er war ein Charmeur, meinten nicht nur die anwesenden Frauen. Sein Witz war ein für ihn eigener, so „aus dem Ärmel geschüttelt“, aus Situationen geboren, die manchmal gar nicht witzig erschienen. Er konnte auch über schwierige Zeiten, die er wahrhaftig im Überfluss erlebte, seine Späße machen. Er sagte damals selbst, dass ihm und vielen seiner Leidensgenossen dieses „Verarbeiten“ zum Überleben verholfen hat. Erstaunlich seine späte, er war schon im 80. Lebensjahr, Hinwendung zu Liebesgedich-

ten. Es muss wohl die späte Rückbesinnung auf verlorengegangene Liebe in den besten Jahren seines Lebens gewesen sein, die ihn dazu bewegte und wahrlich eine kaum erwartete Einfühlsamkeit und Sehnsucht nach Zärtlichkeit hervorbrachte. Und da war auch der andere, nein, der gleiche Otto, der kämpfen konnte für seine Ideen, die er mehrfach in seinem Leben verraten sah. Der Abend für, über Otto Wiesner wäre nicht vollständig beschrieben und nicht so erfolgreich gewesen, wenn da nicht ganz junge Menschen, Schülerinnen und Schüler aus Potsdam und Werder sich seiner angenommen hätten. Sie kannten ihn nicht, trugen aber mit sehr viel Begeisterung und innerer Anteilnahme seine Gedichte und Texte vor oder interpretierten seine von Rudi Kansy vertonten Gedichte. Dank an Maria Ulrich und Denis Newiak für ihren Mut und ihr Engagement! Auch unter den aufmerksam zuhörenden Anwesenden sahen wir erfreulich viele Junge und Jüngere. Diese Tatsache haben besonders unsere „Alten“ mit Wohlwollen registriert und sich vielfach bei uns, den Organisatoren, bedankt.

Es war alles in allem ein gelungener Abend, dem auch Vertreter der Gewerkschaft ver.di, der Fraktionen der Linkspartei.PDS, Hella Drohla und Juliane Nitsche, und der SPD, Mike Schubert, aus vollem Herzen zustimmten.

Danke noch einmal allen, die zum Gelingen beigetragen haben. Ob es die letzte solche Veranstaltung gewesen sein soll, sollten auch die Leser dieser Zeitung, die daran teilgenommen haben, entscheiden – uns interessiert ihre Meinung dazu.

Dr. Ludwig Einicke



Mit Begeisterung und innerer Anteilnahme...

Verbieten oder nicht?

Zur aktuellen Debatte um ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren

Vor dem Hintergrund des Erfolgs der NPD bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und den Bezirksverordnetenversammlungen in Berlin denken führende Sozialdemokraten darüber nach, einen zweiten Anlauf für ein Verbotsverfahren gegen die NPD zu wagen. Allen voran Vizekanzler Franz Müntefering und Fraktionschef Peter Struck.

Nach der blamablen Niederlage vor dem Bundesverfassungsgericht 2003 wollen es die Sozialdemokraten erneut wissen. Der Vorsitzende des Innenausschusses im Bundestag, Sebastian Edathy (SPD), arbeitet auf eine Gesetzesänderung hin, die ein zweites Verfahren aussichtsreicher machen soll. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, nach der rechtsextremistische Straftaten in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind, dürfte diesen Überlegungen zusätzliche Nahrung verschafft haben.

Problematisch ist dabei, dass er das Verbot der NPD durch einen Griff in die juristische Trickkiste erzwingen will. Edathy denkt daran, die V-Leute des Verfassungsschutzes für die Dauer des Verfahrens zurückzuziehen, da sie beim letzten Verfahren in den Verdacht geraten waren, die NPD zu steuern, was eine Positiventscheidung zugunsten der De-

mokraten verhinderte. Eine weitere Möglichkeit wird darin gesehen, das Bundesverfassungsgesetz so zu ändern, dass nicht mehr zwei Drittel der Richter einem eventuellen Verbot zustimmen müssen. Eine andere Option ist für Edathy, mit dem Verbotsantrag bis 2010 zu warten, weil dann alle drei Richter, die den Antrag 2003 zurückgewiesen hatten, ausgeschieden sein werden.¹

Das klingt nach einer gebastelten Rechtslage, die einzig und allein die Funktion hat, ein bestimmtes Ergebnis zu erzeugen. Eine solche Verfahrensweise könnten die Rechtsextremisten gnadenlos für ihre Propaganda nutzen. Sie würden sich und das deutsche Volk gemäß ihrer Ideologie zu Opfern stilisieren. Sie würden finstere Mächte am Werke sehen, die nicht eher ruhen, bis Deutschland zerstört ist. Sie würden eine diffuse „Volksgemeinschaft“ beschwören, sich zu ihrem Retter aufspielen und zum Widerstand aufrufen.

Bei einem gescheiterten Verbotsantrag, das ist keineswegs auszuschließen, bekämen die neuen Nazis die sehnlich gewünschte Öffentlichkeit für ihre Hassparolen. Sie könnten in die Versuchung geraten, die Demokratie zu verunglimpfen, und die Chancengleichheit aller Parteien anzweifeln. Das

wäre zum Schaden aller demokratischen Kräfte in diesem Land.

Wichtig ist bei allen Initiativen gegen die Extremisten, deren wahrscheinliche Reaktionen im Vorfeld mitzudenken, um ihnen nicht ungewollt in die Hände zu spielen.

Aussichtsreicher wäre eine unaufgeregte, langfristige Aufklärungsarbeit, die sich dezidiert mit der rechten Ideologie auseinandersetzt und deren Ziele für jeden unmissverständlich heraus arbeitet. Auf diese Weise könnte nachgewiesen werden, dass die Zukunftspläne der Rechten den Freiheitsinteressen der Bürger eklatant widersprechen. Das kostet Zeit, Arbeit und Kraft, entspräche aber dem zu Recht von Petra Pau geforderten „Marathon der Demokraten“. Was auch dazu gehört, ist eine Debatte darüber, welche gesellschaftlichen Problemlagen rechtes Gedankengut befördern und wie ihnen beizukommen ist. Eine aufgeklärte linke Partei könnte sich bei dieser Aufgabe profilieren. Ein neues Verbotsverfahren sollte im Vorfeld gut überlegt werden.

Dr. Tino Erstling

¹ „Spiegel“ 48/06, S. 42



Jana Schulze
Mitglied der BI Kirchsteigfeld

Termine Stern / Kirchsteigfeld / Drewitz

11.1.2006, 19.00 Uhr
Bürgerinitiative Kirchsteigfeld
Stadtteilladen

18.1.2006, 18. – 20 Uhr
Sprechstunde des Landtags-
abgeordneten Dr. Scharfenberg
Bürgerbüro, Galileistraße
37/39

Bereitschaftsdienst

Kinderärzte:

Sonntag, 14.01.2007
Dr. Schnellbacher
K.-Wolf-Allee 1-3
Telefon: 62 27 33 Sonntag,

28.01.2007 Dr. Schmeltzer
K.-Wolf-Allee 1-3
14480 Potsdam
Telefon: 62 26 33

Wie weiter im Kirchsteigfeld?

Die Nachfolge für den Kaiser's-Markt ist gesichert. Am 18. Januar werden die Bewohner des Wohngebietes ihren MeMa begrüßen. Dank der frühzeitigen Diskussion im Stadtteil, erinnert sei hier an die Bürgerversammlung in der Kirche im April vergangenen Jahres, hat sich allod als Vermieter für eine Anschlusslösung stark gemacht und sein Versprechen vom Frühjahr 2006 wahr gemacht. Wir möchten uns auf diesem Wege bei Herrn Schimmel sowie Herrn Kowanski herzlich bedanken.

Die Bürgerinitiative im Stadtteil hat sich seit April des vergangenen Jahres drei Mal in den Räumen des Stadtteilladens getroffen. Es gibt einen Briefkasten im Vermietungsbüro der allod, Bürgerinnen und Bürger haben sich mit Fragen oder Hinweisen an uns gewandt. Zeitnah waren die Mitglieder bemüht, Antworten zu geben oder die Problemsituation gemeinsam mit den Verantwortlichen bei der Stadtverwaltung, allod oder den zuständigen Vertretern zu lösen. Mit einem Stand waren wir auf dem Hochsprungmeeting im August 2006 präsent, stellten uns persönlich den Bewohnern im Kirchsteigfeld vor.

Zwei Sorgenkinder werden uns auch in diesem Jahr begleiten. Da ist der Teich, der jedes Jahr in den Sommermonaten auf Grund mangelnder Niederschläge und Zuflüsse durch den Hirtengraben auszutrocknen droht. Nicht jeder Bewohner des Kirchsteigfeldes weiß, dass der Teich als oberirdisches Regenwassersammelbecken fungiert und in der Vergangenheit in wasserarmen Monaten künstlich gefüllt worden ist. Seitdem die Stadt für die Unterhaltung zuständig ist, unterbleiben diese kostenaufwändigen Bewässerungen und es tut Not, sich dieses Themas weiter anzunehmen. Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE.PDS in der Stadt-

verordnetenversammlung fordert die Stadt auf, ein Konzept für Oberflächen-gewässer, wie den Teich im Kirchsteigfeld, zu erarbeiten und in diesem Zusammenhang mit zu untersuchen, mit Hilfe welcher Maßnahmen für einen gleichbleibenden Wasserstand gesorgt werden kann. Der Antrag wurde im Dezember vergangenen Jahres in den zuständigen Fachausschuss überwiesen, um dort diskutiert und zur abschließenden Beschlussfassung am 31. Januar erneut auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung Potsdam zu erscheinen.

Und da ist der Marktplatz, der zu einem temporären Parkplatz umgewidmet werden soll. Nein, wir sind nicht gegen eine zeitweilige Nutzung des Platzes für Autos. Nur sollte es klare Regelungen geben. So z. B., dass Kraftfahrzeuge nur von Montag bis Samstag, dann nur zu den regulären Öffnungszeiten des MeMa sowie längstens für 2 Stunden dort parken dürfen. Nicht, wie in dem bereits für kurze Zeit ohne amtliche Genehmigung angebrachten Parkplatzschild täglich, also auch an Sonn- und Feiertagen, von 7 – 22 Uhr. Für die Sicherheit der Hortkinder, die in der ehemaligen Stadtteilbibliothek eine zweite Heimstatt beantragen, ist zu sorgen. Möglich wäre dies durch die Anpflanzung von Hecken, die durch die Kinder selbst gepflegt werden können. Erfreut waren wir über die Aussage der Baubeigeordneten, Frau Dr. von Kuick-Frenz, dass der SC Potsdam den Platz zu Veranstaltungen weiterhin kostenlos nutzen kann.

Der SC Potsdam ist Träger unseres sportlich betonten Jugendclubs im Stadtteil. Seit vielen Jahren kämpfen wir darum, dass die Kinder und Jugendlichen aus ihrem Containerdasein erlöst werden. Nun scheint es Licht am Ende des Tunnels zu geben. Scheint, denn nicht

zum ersten Mal wurde den Verantwortlichen versprochen, dass es einen Neubau neben dem derzeitigen Provisorium in der Maimi-von-Mirbach-Straße geben wird. Die Sockelfinanzierung soll durch den Verkauf der Liegenschaft des Noch-Standortes des Junior-Clubs in der Sternstraße erfolgen. Bis heute ist eine Ausschreibung des Grundstückes durch den Kommunalen Immobilienservice (KIS) der Stadt nicht erfolgt. Der Umzug des Kinderclubs wird spätestens zum Frühjahr 2007 abgeschlossen sein. Wir bleiben nicht nur mit Nachfragen im Jugendhilfeausschuss der Stadt an dem Problem dran. Auch im Haushalt der Landeshauptstadt müssen die entsprechend notwendigen Gelder für den Neubau eingestellt werden. Spätestens im 3. Quartal 2008, so in einer Mitteilungsvorlage der Verwaltung, soll der neue Jugendclub den Jugendlichen übergeben worden sein. Alter und neuer Träger wird der SC Potsdam sein, der für Stabilität und Engagement im Stadtteil steht.

Die nächste Aktion der Bürgerinitiative wird der Frühjahrsputz voraussichtlich im April sein. Wir rufen alle im Stadtteil wohnenden und arbeitenden Menschen auf, gemeinsam für Sauberkeit und Ordnung zu sorgen. Nach ca. 2 Stunden Arbeit möchten wir uns am Jugendclub zu Bratwurst und Tee treffen und den Vormittag bei Gesprächen ausklingen lassen. Den genauen Termin des Frühjahrsputzes wird die Bürgerinitiative über die Aushänge in den Treppenhäusern mitteilen.

Der nächste Termin unserer Zusammenkunft im Stadtteilladen ist der 11. Januar 2006, 19.00 Uhr. Vielleicht können wir Ihnen dann bereits aktuellere Informationen zur hier beschriebenen von der Stadt geplanten Einrichtung des Parkplatzes mitteilen. Wir laden Sie, liebe Bewohner des Kirchsteigfeldes ein, sich mit Ihren Fragen und/oder Hinweisen aktiv für unseren Stadtteil einzubringen.

Was ist los im Bürgerhaus STERN*ZEICHEN?

Kleine Übersicht über Veranstaltungen im Haus am Stern für das 1. Halbjahr 2007

Wiederkehrende Termine für Bürger-sprechstunden und Beratungen

Gesellschaft für behutsame Stadtentwicklung mbH Stadtkontor

Frau Feldmann gemeinsam mit der Bürgerinitiative Am Stern
Jeden Dienstag 14:00 bis 18:00 Uhr

Verband der Grundstücksnutzer

Herr Böhm Jeden 1. und 3. Donners-tag, 15:00 bis 18:00 Uhr

PDS Bürgerbüro Scharfenberg

Montag und Mittwoch: 09:00 bis 11:00 Uhr und 14:00 bis 16:00 Uhr
Donnerstag 15:00 bis 17:00 Uhr
Freitag 09:00 bis 13:00 Uhr

Wöchentlich wiederkehrende Veranstaltungen der Seniorenfreizeitstätte und des Bürgercafés „Münchhausen“

Montags

Kreatives Gestalten 09:30 Uhr
Spielecke (Schach, Rommé, Skat, Canasta und anderes) 14:00 Uhr

Dienstags

Weight Watchers 10:00 Uhr

Donnerstags

Computerclub 10:00 Uhr
• Computerinteressierte treffen sich zum Austausch von Computerproblemen
• Individuelle Unterstützung von Einsteigern

Auszug aus den Veranstaltungen der Seniorenfreizeitstätte und des Bürgercafés „Münchhausen“, 1. Halbjahr 2007

19.2. 14:00 Uhr Rosenmontag „Narren geben niemals auf“

08.3. 14:00 Uhr VS und dfb – Frauentag Festprogramm

28.4. 19:00 Uhr Tanz in den Mai
3 € Eintritt (Anmeldung)

23.5. 14:00 Uhr Frühlingsspaziergang zur Ökolaube

Reihe: Computer leicht verständlich (Erster Dienstag im Monat 14:00 Uhr)
Reihe: Wenn einer eine Reise...
Reisevorträge (letzter Mittwoch im Monat 14:00 Uhr)

Reihe: Lesecafé Literatur hören und diskutieren

(Zweiter Mittwoch im Monat 14:00 Uhr)

Reihe: Kabarett am Stern

(letzter Freitag im Monat 19:00 Uhr
5 € Eintritt/Anmeldung nötig)

Jeden 2. Mittwoch im Monat 19:00 Uhr treffen sich die **Freunde des Amateurfilms**

Neu!!! Tanztee Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat ab 14:00 Uhr

Kontakt:

Bürgerhaus Stern*Zeichen;
Galileistraße 36–37;
14480 Potsdam;
Tel.: 0331/600-6762

Bündnis für Familie jetzt auch in Potsdam

Vereine, Organisationen, Bürgerinitiative und interessierte Bürger haben sich zusammengetan, um die bundesweite Aktion Lokales Bündnis für Familie auch in unseren Wohngebieten lebendig zu gestalten. Zwei Ereignisse seien genannt. Die Herausgabe eines Familienwegweisers für den Sozialraum Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld und ein Advents- und Bastelnachmittag für Familien im Bürgerhaus STERN*ZEICHEN.

Im Familienwegweiser finden Bürger aller Altersklassen Hinweise zu Öffnungszeiten und Adressen von Einrichtungen im Wohngebiet.

Dank vieler Helfer und unterstützender Organisationen wurde der Erste Advent im Bürgerhaus Am Stern zu einem einmaligen Erlebnis für viele Familien. Fast 100 Kinder waren selbst Akteure beim Basteln, Theaterspiel, Kerzenziehen und Mitsingen. Sogar der Weihnachtsmann war schon aktiv und verteilte kleine Geschenke. Jedes Kind hatte die Chance, durch selbst gebastelte Geschenke ein Los zu erlangen. Die Gewinner der Losziehung führen gemeinsam zum Weihnachtsmarkt in den Erzgebirgsort Seiffen.

Die guten Erfahrungen aus guter ge-



meinsamer Arbeit möchten wir im Jahr 2007 fortführen. Das beginnt bereits mit dem Frühjahrsputz, einem Frühlingsfest und soll sich in Veranstaltungen für die ganze Familie weiterentwickeln. Alle Bürger und Organisationen sind herzlich ein-

geladen, unser Bündnis noch lebendiger und umfassender zu gestalten.

Andreas Frank,
Leiter der Bürger-
begegnungsstätte
STERN*ZEICHEN

Planungsstand zum Campus Am Stern

Im Ergebnis des landschaftsarchitektonischen Realisierungswettbewerbs für den „Campus Am Stern“ wurde das Landschaftsarchitekturbüro Henningsen aus

Berlin für die weitere Bearbeitung ausgewählt.

Der Entwurf des Büros sieht die Erneuerung der Schulhöfe des Leibniz-

Gymnasiums und der Pappelhain-Grundschule sowie der Außenanlagen der zukünftigen Zweigstelle der Musikschule vor. Zwischen den beiden Schulen an der Galileistraße soll ein neuer öffentlicher Eingangsbereich für das Campusgelände entstehen. Hier wurde auch der Standort für ein neues Mehrzweckgebäude festgelegt. Die Arbeit zeigt zudem erste Ideen, wie dieses Mehrzweckgebäude aussehen könnte.

Nördlich der Schulen sind im so genannten Freizeitband verschiedene Sport- und Freizeitangebote wie Kleinspielfelder, ein Beachvolleyballplatz, ein Spielplatz sowie Aufenthaltsbereiche vorgesehen. Diese Angebote können sowohl durch die Schulen als auch durch die Öffentlichkeit genutzt werden. Weitere Maßnahmen zur Aufwertung des Campus sind die Erneuerung des großen Trainingsplatzes des Sportgeländes sowie der öffentlichen Wege.

Mit der Umsetzung des Konzeptes soll so schnell wie möglich begonnen werden. Als erste Baumaßnahmen sind 2007 die Erneuerung des großen Trainingsplatzes sowie die Neugestaltung des Freizeitbandes vorgesehen. Parallel wird nach Finanzierungsmöglichkeiten für das Mehrzweckgebäude gesucht. Für 2008 bis 10 ist dann die Umgestaltung der Schulhöfe des Leibniz-Gymnasiums, der Grundschule „Am Pappelhain“ und der zukünftigen Musikschule geplant. Dies soll schrittweise entsprechend des Fortschritts der Sanierung der Gebäude durch den KiS geschehen.

Stadtkontor GmbH



Bereitschaft Apotheken:

12.01.2007-13.01.2007
08:00 Uhr - 08:00 Uhr
Jagdhaus-Apotheke
Großbeerenstraße 301
14480 Potsdam
Telefon: 0331/646236

14.01.2007-15.01.2007
08:00 Uhr - 08:00 Uhr
Margeriten-Apotheke
Neuendorfer Straße 15
14480 Potsdam
Telefon: 0331/6260831

18.01.2007-19.01.2007
08:00 Uhr - 08:00 Uhr
Stern-Center-Apotheke
Stern-Center
14480 Potsdam
Telefon: 0331/649510

19.01.2007-20.01.2007
08:00 Uhr - 08:00 Uhr
Apotheke am Stern
Newtonstraße 6
14480 Potsdam
Telefon: 0331/623027

20.01.2007-21.01.2007
08:00 Uhr - 08:00 Uhr
Drewitzer Apotheke
Konrad-Wolf-Allee 1-3
14480 Potsdam
Telefon: 0331/624867

21.01.2007-22.01.2007
08:00 Uhr - 08:00 Uhr
Kirchsteig Apotheke
Dorothea-Schneider-Straße
14
14480 Potsdam
Telefon: 0331 6262010

www.kirchsteigapo.de

Garagenflächen ab 1. Januar 2007

Auf Bitten von Noch-Garageneigentümern möchten wir noch einmal auf die im Zusammenhang mit dem Schuldrechtsanpassungsgesetz entstandene Rechtslage „Garagen auf fremdem Grund“ und Boden eingehen.

Vorausgeschickt wird, dass der Bundestag auch den letzten Versuch der Linken.PDS, den enteigneten Garagenbesitzern wenigstens eine Entschädigung in Höhe des Zeitwertes der Garage zu zahlen, am 10.11.06 abgeschmettert hat.

So wird das Schuldanpassungsgesetz voll wirksam. Wir haben uns ja im Potsdamer Garagenbeirat rechtzeitig mit dieser Situation befasst, nachdem auch im Potsdamer Stadtparlament Versuchen der Linkspartei.PDS, eine Verbesserung der Ausgangslage für die Noch-Garagenbesitzer zu erreichen, Absagen erteilt wurden.

Langfristig gesichert haben in Potsdam lediglich die Vereine das Garageneigentum, die den Grund und Boden käuflich erworben haben. In vier von fünf Garagenvereinen haben die Vereine Am Stern gekauft, das Geld hierfür als Darlehen von den Garagenbesitzern erhalten und diesen dafür das Recht der unentgeltlichen

Nutzung von Boden und Garage zugesichert (abgesehen von einer erhobenen Umlage, von der die Vereine Kommunalabgaben, Gemeindesteuern, Versicherungen zahlen und den Rest für Werterhaltungsarbeiten ansparen). Jeder Verein hat sich ein Statut erarbeitet, der auch ein Vereinsleben vorsieht, Garagenordnungen wurde zugestimmt, die Brandschutz, Verkehrsregelungen auf dem Gelände, Ordnung und Sicherheit beinhalten. Besonders durch das Statut wurde Juristenmeinungen vorgebeugt, dass es sich bei den Vereinen um wirtschaftliche Interessenvereinigungen handelt.

In Potsdam haben KIS und Gewoba das meiste Garagenland im Besitz. Überwiegend besteht hier das Interesse, dieses Land zu verkaufen, auch, um es anderweitig zu nutzen.

Aber: Solange der Grundstückseigentümer nicht kündigt, bleibt alles beim Alten. Erst wenn er kündigt, geht das Eigentum an der Garage auf ihn über. Wird dann das Land anderweitig genutzt, kann der Garagenbesitzer, und das wird in den meisten Fällen passieren, die Hälfte der Abbruchkosten tragen (wenn der

Abbruch innerhalb eines Jahres nach Besitzübergang erfolgt). Der Ex-Garagenbesitzer kann aber auch seine Garage selbst beseitigen.

Der Grundstückseigentümer kann die Kündigung aber auch mit dem Angebot einer Vertragsänderung, insbesondere Mieterhöhung, verbinden (Änderungskündigung). Vielfach kommt in diesem Änderungsvertrag die Forderung nach einer Kautions für die künftigen hälftigen Abrisskosten.

Da auch unserem Verein, als er noch nicht kaufbereit war, mit einem Änderungsvertrag gleichzeitig die Zahlung einer Mehrwertsteuer untergeschoben werden sollte, wird hiervor gewarnt: Nach § 4, Zi. 12, Buchstabe a des Umsatzsteuergesetzes unterliegt die Vermietung und die Verpachtung von Grundstücken nicht der Mehrwertsteuer! Garagen sind keine Gewerberäume!

Es kann sicher in diesem Rahmen nicht auf alle Probleme eingegangen werden – neue, an die im Moment keiner denkt, werden dazukommen. Deshalb: behalten Sie Kontakt zum Garagenbeirat.

Dieter Scharlock

Termine des SC Potsdam:

11.01.2007

Neujahrsempfang
SC Potsdam
EWP

14.01.2007

Knutfest
KSF-Marktplatz

13.01.2007

Aufnahmetest Sportklasse
GS46 Sporthalle
GS46

03.-10.02.2007

Winterferienlager
Jachymov-Tschechien

08.-10.02.2007

Indoor Stabhochmeeting
Stern-Center-Potsdam



Sportlerball des SC Potsdam am 24. März 2007

Bereits jetzt können die Karten für den SC Potsdam Ball, welcher am 24. März 2007 in Hotel „Mercure“ stattfindet, erworben werden. Neben einem erstklassigen Büfett werden viel Unterhaltung im gesamten Hotel und ein attraktives Showprogramm geboten. Karten können zum Preis von 27 € über die Geschäftsstelle, Tel. 622900 oder unter E-Mail: presse@sc-potsdam.de bestellt werden. (Anzahl, Anschrift, Tel. Nr.) Der Ball beginnt um 19.00 Uhr, Einlass ab 18.30 Uhr.

Für Kriegsdienstverweigerer

SC Potsdam bietet Möglichkeit für „Freiwilliges soziales Jahr“

Ab 1. Februar 2007 ist es möglich, beim SC Potsdam sein „Freiwilliges soziales Jahr“ (FSJ) zu absolvieren. Dieses ist ein Zivildienstersatz und dauert 12 Monate. Voraussetzung ist aber, dass eine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer vorliegt und die jungen Männer zu Beginn des Vertragsverhältnisses zwischen dem 18. und 23. Lebensjahr alt sind. Bewerber werden im sozialen Bereich des Sports mit Kindern und Jugendlichen bzw. bei der Organisation von Sportveranstaltungen tätig sein.

Daher ist es wünschenswert, wenn be-

reits Erfahrungen in der Vereinsarbeit und Vorkenntnisse über Strukturen im Sport vorhanden sind. Innerhalb dieses Jahres erfolgt auch: eine Ausbildung zum Übungsleiter C, Breitensport; der Erwerb der Jugendleiterlizenz und die Teilnahme an einem Erste-Hilfe-Kurs.

Interessenten können sich beim SC Potsdam, M.-v.-Mirbach-Str. 11/13 in 14480 Potsdam oder E-Mail: breitensport@sc-potsdam.de bewerben.

Ansprechpartner: Christian Gerber
Tel. 622900

Gemeinsam für Demokratischen Sozialismus

Berlin-Brandenburger Basis-Konferenz betonte vielfältige Gemeinsamkeiten zwischen Linkspartei und WASG

Rund 400 Mitglieder der Linkspartei, PDS und der WASG waren am 25. November nach Potsdam angereist, um die Gründung einer gemeinsamen Partei zu diskutieren. Katina Schubert, Mitglied der gemeinsamen Programmgruppe, sagte, dass die anfängliche Dynamik des Fusionsprozesses ins „Stocken geraten“ sei. Die Diskussion um inhaltliche Ausrichtung müsse weiter gehen.

Auch Stefan Ludwig, Bürgermeister der 33 000-Einwohnerstadt Königs Wusterhausen, stellte klar, dass die Wähler genau diesen Gestaltungswillen auf allen Ebenen von der neuen Linken erwarten. Klaus Lederer, Berlins Linkspartei-Landesvorsitzender, betonte, dass der Parteineubildungsprozess „auf gleicher Augenhöhe“ stattfinden müsse. Überzeugt zeigte er sich, dass gemeinsame Grundpositionen wie soziale Gerechtigkeit, Demokratie und zivile Konfliktlösung das Trennende überwiegen.

Längst nicht alle der mehr als 400 Teilnehmer waren dafür, den Demokratischen Sozialismus als Ziel, Weg und Wertesystem deutlicher in den programmati-

schen Eckpunkten zu verankern. Mit Sorge stellte deshalb die Innenpolitikerin in der Linksfraktion des Bundestages Petra Pau fest, dass ein Szenario drohe, in dem ausgerechnet die Neue Linke den Demokratischen Sozialismus aus dem Programm streiche.

Weitgehend einig waren sich die Teilnehmer aus Berlin und Brandenburg hingegen, dass in den Grundsatzdokumenten deutlichere und klarere Formulierungen hinsichtlich des antifaschistischen, internationalistischen und antimilitaristischen Charakters der Partei aufgenommen werden müssten. Auch sollte der programmatische Zusammenhang zwischen sozialen und Freiheitsrechten stärker herausgestellt werden. Kernaufgabe der neuen Linken sei es, das Vertrauen der zahlreichen Nichtwähler zu gewinnen, rief der Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag, Oskar Lafontaine, den Teilnehmern zu. Es gelte, den Kapitalismus zu überwinden und die Außenpolitik wieder auf den Boden des Völkerrechts zu stellen.

Brandenburgs WASG-Chef Steffen



Hultsch betonte, „das Scheitern eines Zusammenschlusses hätte verheerende Folgen“. In diesem Zusammenhang warf Hultsch Gegnern des Zusammenschlusses in beiden Parteien vor, „persönliche Befindlichkeiten und Konkurrenzdenken“ vor die politische Notwendigkeit zu stellen.

G. K.

In den Beratungspausen war Oskar Lafontaine gefragter Gesprächspartner.

Das „weihnachtliche“ Zitat:

Kurt Beck (Ministerpräsident Rheinland-Pfalz und SPD-Chef) auf dem „Sternschnuppenmarkt“ in Wiesbaden zum Hartz-IV-Empfänger Henrico F.:

„Wenn Sie sich waschen und rasieren, haben sie in drei Wochen einen Job.“

Und hier das Echo:

Andreas Scheuer (MdB/CSU):

„Henrico F. sollte mal einen Waschgang einlegen, Beck wollte ihm sicher nur einen Tipp geben.“

Dietmar Bartsch (Linkspartei-Bundesgeschäftsführer):

„Wer am Boden liegt, braucht Hilfe und keine symbolischen Fußstritte.“

Anna Lührmann (MdB/Die Grünen):

„Das ist die Geisteshaltung: Wer arbeitslos ist, der ist selbst dran schuld...“

Nils Wiechmann (Vorsandssprecher Die Grünen Rheinland-Pfalz):

„Das ist an Unverfrorenheit kaum zu überbieten.“

Uwe Schummer (MdB/CDU):

„Das war instinktos.“

Vor mittlerweile etwas über einem Jahr hat sich die WASG als Partei gegründet. Mit edlen Absichten und sozialistischen Vorstellungen haben viele motivierte Menschen versucht, eine neue Partei auf den Weg zu bringen. In Deutschland sollte – und das war das Ziel – eine völlig neue linke Partei entstehen. Dabei war von Anfang an gedacht, dass eine Verbindung mit anderen linken Parteien nötig ist, um dieses Ziel zu erreichen. Als natürlicher Partner war und ist die Linkspartei, PDS das Ziel der Wünsche. Besorgte Mitglieder unserer Partei bekunden immer wieder, dass wir nur noch eine kurze Zeit bis zur angestrebten Fusion zu absolvieren haben. Die Wegstrecke aber – um unsere Ziele und Vorstellungen durchzusetzen – ist um einige Zeit länger. Die inhaltlichen Diskussionen zwischen den beiden Fusionspartnern PDS und WASG werden nach Meinung vieler noch erheblich mehr Zeit in Anspruch nehmen. Warum? Die etablierte PDS oder einige Mitglieder klammern sich mit ihrer ganzen Kraft an ihre Funktion und finanziellen Quellen. Personelle De-

Quo vadis, WASG?



Partner im „weiten Westen“

Der Kreisvorstand der Linkspartei, PDS erhielt kürzlich einen Offenen Brief von den GenossInnen der Linkspartei aus Weinheim in Baden-Württemberg. „Wir haben uns sehr gefreut, dass ihr auf eurem Kreisparteitag am 11. November 2006 beschlossen habt, für uns, die Linkspartei Weinheim, eine Patenschaft zu übernehmen. Nach der tollen Zusammenarbeit mit Potsdamer Genossen z.B. im Landtagswahlkampf dieses Frühjahrs

sind wir darüber politisch wie auch persönlich begeistert“, so der dortige Sprecher Carsten Labudda. Diese Patenschaft solle von gegenseitigem Nutzen sein, meinte Labudda mit Blick auf die in Brandenburg in 2008 und in Weinheim in 2009 anstehenden Wahlen. Dies bedeute auch die jeweilige personelle Unterstützung bei den beiden Ereignissen. Ein weiterer Punkt sei der weitere Abbau von Ost-West-Schranken in den Köpfen

batten sind anscheinend im Augenblick wichtiger als inhaltliche. Es ist z.B. den Mitstreiterinnen und Mitstreitern der WASG nicht zu vermitteln, warum ein auf dem Kreisparteitag der PDS mit über 90% der Stimmen gewähltes Mitglied des Stadtvorstandes keine Stellvertreterposition inne hat, aber Mitglieder mit deutlich weniger Prozent Stimmen zu Stellvertretern ernannt wurden. Das ist nach Ansicht der WASG zwar eine symbolische, aber zu tiefst unehrliche Handlung (Festhalten an der Macht). Hier unterscheidet sich die PDS nach unserer Auffassung in keiner Weise von anderen bürgerlichen Parteien. Dies ist nur ein Beispiel, welchen Diskussionsbedarf es noch zwischen WASG und PDS gibt. Siehe Berlin! Die WASG wird für die PDS ein verlässlicher Fusionspartner sein. Auch wenn sie zahlenmäßig doch relativ klein ist. Aber bitte schön – wie bei der letzten Bundestagswahl – auf Augenhöhe. Eine etwas linkere SPD werden wir nicht unterstützen.

Peter Lange,
WASG-Kreisvorsitzender Potsdam

vieler Menschen - in Weinheim wie auch in Potsdam. Hier sei ein Austausch von gegenseitigem Nutzen. Veranstaltungen zu solchen Themen wie „Aufbau Ost – was passiert mit unserem Geld?“ könnten mit zahlreichen Mythen aufräumen. „Das größte Projekt, welches wir uns für das kommende Jahr in Weinheim vorgenommen haben, ist ein Straßenfest im Sommer angesichts der Fusion von Linkspartei und WASG“, so Labudda. Besonders hierfür hoffe er auf die Unterstützung aus Potsdam.

Ein „durchwachsendes“ Jahr

Rückrundenziel der Turbine-Mädchen für 2007: 3.Tabellen-Platz

Zugegeben – die Überschrift ist mir nicht leicht gefallen, obwohl doch die sportlichen Tatsachen sie durchaus zu bestätigen scheinen.

Das Jahr hat es nun einmal so in sich, dass es sowohl die Rückrunde der vergangenen als auch die Hinrunde der neuen Saison beinhaltet.

Im Sommer standen für die Turbine-Frauen der 1.Bundesliga der 3. Sieg in Folge im DFB-Pokalfinale, der Meistertitel und der 2.Rang im UEFA-Cup auf der Habenseite.

Jetzt, am Jahresende, steht die Mannschaft auf Platz 5 der aktuellen Tabelle und das große Ziel, zum vierten Male hintereinander im Olympia-Stadion in Berlin spielen zu können, ist mit der Niederlage gegen Duisburg wie Sand durch die Finger geronnen.

Bei der Sportlerumfrage im Land Brandenburg belegte die Mannschaft hinter den Fußballern des 1.FC Energie den 2. Platz bei den Mannschaften.

Da ging es ihr, wie es sonst sehr oft den Wintersportlern erging: An die Leistungen des Frühjahres erinnert sich kaum noch jemand – das aktuelle Bild zählt.

Na ja, vielleicht ist das auch ein wenig ungerecht, denn ein 5.Platz ist ja auch weiter vom Abstieg (und davon sind die Turbinen nun wirklich nicht bedroht) als der 15. von Energie in der Bundesliga.

Aber die Erwartungen waren halt andere. Energie hat eine bessere Rolle gespielt, als ihr viele zugetraut hatten. Immerhin wurde Cottbus von den meisten Bundesligatrainern als erster Abstiegs-kandidat benannt.

Die Ansprüche bei und an Turbine wa-



Stadtsporthilfe Potsdam
e.V.
Am Luftschiffhafen 2/
Haus 33
14471 Potsdam
Telefon: (0331) 9 51 07 06
FAX: (0331) 9 51 07 06
Email:
stadtsporthilfe@pots-
dam.de

SG Fanfarenzug Potsdam
e.V.
Am Neuen Garten 64
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 979 30 35
Telefax: (0331) 979 30 36
E-Mail: fzpotsdam@web.de

Potsdamer können Sportstätten weiterhin gebührenfrei nutzen

In der Dezember-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam beschlossen die Abgeordneten einstimmig, auch weiterhin keine Sportstättennutzungsgebühr zu erheben. Damit können Potsdamer unabhängig vom Geldbeutel in Turnhallen und auf Sportplätzen Sport treiben.

Begründet hatte die Linkspartei den Antrag mit der Bedeutung der Gebührenfreiheit als Form der Sportförderung: Mit Blick auf die positiven Wirkungen des Sports solle dieser Grundsatz dauerhaft gewährleistet werden. Aktive sportliche Betätigung wirkt sich nicht nur fördernd auf die Gesundheit des Einzelnen aus, sondern entwickelt auch den Gemeinschaftssinn, Fairness und Leistungsbereitschaft. Nicht zuletzt deshalb fiel es wohl allen Fraktionen leicht, sich einhellig für die Gebührenfreiheit auszusprechen.

ren höher: die Meisterschaft sollte möglichst lange offen gehalten, im DFB-Pokal sollte möglichst das Finale erreicht werden.

Und das, obwohl der Trainer und alle, die im Umfeld der Mannschaft arbeiten, von einer sehr schweren, einer komplizierten Saison gesprochen haben.

In den Spielen hat sich gezeigt, das der Aderlass durch den Weggang oder den Ausfall von Spielerinnen so einfach nicht zu kompensieren war.

Und – auch das gehört zur Wahrheit – dass es gestandenen Spielerinnen nicht gelungen ist, den schlechten Start in die neue Saison nervlich zu verkraften und sie damit auch keine Hilfe für die „Küken“ in der Mannschaft sein konnten.

Doch ich bin sicher, dass die 2.Halbserie eine andere Turbine-Mannschaft auf dem Platz sieht.

Die jungen Spielerinnen wissen jetzt, welch rauer Wind ihnen in der 1. Liga um die Nase bläst, und dass nur Höchstleistungen zum Siege reichen. Mit Anja Mittag und Navina Omilade kommen zwei Spielerinnen wieder zum Einsatz, die der Mannschaft lange gefehlt haben.

Bei der Weihnachtsfeier hat der Trainer, Bernd Schröder, von der großen Verpflichtung gesprochen, die alle zusam-

men gegenüber dem Verein, den Fans und allen, die der Mannschaft seit Jahren die Treue halten, haben und davon, dass es eine Verpflichtung sei, das nächste Jahr so zu gestalten, dass es wieder Freude macht, der Mannschaft beim Spielen zuzusehen.

Am 8. Januar beginnt die Vorbereitung für die Rückrunde.

Der erste Titel eines neuen Kalenderjahres (20. Januar in Bonn) wird im deutschen Frauenfußball traditionell beim DFB-Hallenpokal, an dem alle zwölf Bundesligisten teilnehmen, vergeben.

Am 25. Februar geht es dann wieder auf den (hoffentlich) grünen Rasen – mit dem Spiel gegen den SC Freiburg im Karl-Liebknecht-Stadion.

Zeit noch für die Einen, um sich schon darauf zu freuen, und die Anderen, sich sportlich vorzubereiten.

Der Trainer hat das Motto für die Rückrunde klar benannt. Auf die Frage nach dem Ziel für den Rest der Saison sagte er: „Wir müssen mindestens Platz drei schaffen. Auch um zu zeigen: Wir sind noch da und klopfen weiter oben an.“

Also dann – auf ein Neues im Jahr 2007 – vielleicht sehen wir uns ja im Stadion. Ich würde mich freuen. *Rolf Kutzmutz*

Das „Spiel“ mit der Angst der Bürger

Linkspartei gegen Verschärfung des Brandenburger Polizeigesetzes/Von Hans-Jürgen Scharfenberg (MdL)

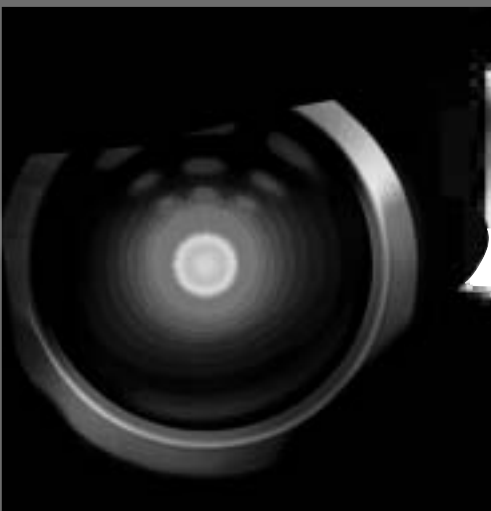
Mit den Änderungen des Polizeigesetzes setzt die Landesregierung den seit 2000 von Innenminister Schönbohm forcierten Weg der Verschärfung des Polizeirechts fort. Mit der Annahme des Gesetzes am 14. Dezember 2006 werden zusätzliche Eingriffsbefugnisse für die Polizei geschaffen im „Kampf gegen organisierte Kriminalität“ und eine bisher in Brandenburg nicht nachgewiesene „terroristische Gefahr“. Die Landesregierung demonstrierte damit Handlungsfähigkeit. Das Signal – wir geben euch durch schärfere Gesetze mehr Sicherheit – ist jedoch Ausdruck einer populistischen Politik, die nur über die Unfähigkeit zur Lösung der eigentlichen Probleme der Menschen hinweg täuschen will. Die Sorgen um den Erhalt des Arbeitsplatzes und des sozialen Status, die Furcht vor dem Verlust des vertrauten sozialen Umfeldes werden so der Angst, Opfer eines Verbrechens zu werden, nachgeordnet. Es wird Politik gemacht mit der subjektiven Kriminalitätsfurcht, die zugleich Voraussetzungen schafft für eine Akzeptanz der Politik des „law and order“. Das ist eine besorgniserregende Entwicklung, denn der Preis dafür ist eine kaum umzukehrende Aushöhlung der Grundrechte.

Die Statistik zeigt auf, dass die Kriminalität im Land Brandenburg in den letzten zehn Jahren um etwa 30 % gesenkt werden konnte. Das ist Ergebnis einer engagierten Polizeiarbeit in Verbindung mit einer modernen Ausstattung der Polizei, aber keine Folge der Verschärfung des Polizeigesetzes. Das betrifft die jetzt enthaltene fristlose Regelung zur Videoüberwachung auf öffentlichen Straßen und Plätzen ebenso wie den Großen Lauschangriff, die Überwachung der Telekommunikation sowie von Autokennzeichen. Problematisch ist dabei, dass die Menschen überwacht werden, egal, ob sie einen Anlass dafür gegeben haben oder nicht. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit und der Unschuldsvermutung wird so immer weiter zurück gedrängt.

Die Linkspartei-Kritik am Gesetz und die damit verbundenen Forderungen gehen deutlich über die der Koalition hinaus. Die Linkspartei beantragte, dass die Videoüberwachung auf öffentlichen Straßen und Plätzen aus dem Gesetz gestrichen, also praktisch nicht weiter verlängert wird. Dabei

sieht sich die Linkspartei durch die Ergebnisse des fünfjährigen Modellversuchs bestärkt. Nun wird immer wieder ins Feld geführt, dass der weit überwiegende Teil der Bevölkerung gar nichts gegen die Videoüberwachung hat, ja diese im Gegenteil begrüßt. Dabei wird allerdings verschwiegen, dass die Bürger offensichtlich davon ausgehen, dass die Monitore in den Polizeiwachen ständig beobachtet werden, um ein sofortiges Eingreifen bei Straftaten zu ermöglichen. Das ist aber gar nicht der Fall. Hier wird eindeutig von falschen Voraussetzungen ausgegangen, da mit der Einführung einer Speicherfrist von 48 Stunden der Schwerpunkt auf die Nachbereitung der Aufzeichnungen zum Zwecke der Strafverfolgung verlegt wird. Letztlich soll damit anscheinend ein Beitrag zur Abfederung des Personalabbaus bei der Polizei geleistet werden.

Die Kriminalitätsentwicklung in angrenzenden



Bereichen der Videoüberwachung in Potsdam weist außerdem unübersehbar auf eine enorme Steigerung der Kriminalität und damit auf eine Kriminalitätsverdrängung zu anderen Punkten hin. Abschließend der Hinweis, dass das Land Berlin gut ohne das Mittel der Videoüberwachung auf öffent-

lichen Straßen und Plätzen auskommt.

Zweitens beantragte die Linkspartei die Streichung des Großen Lauschangriffs aus dem Polizeigesetz. Dieses Mittel ist seit 1996 nur einmal zur Anwendung gekommen, obwohl es eigentlich ein Zaubermittel im Kampf gegen die organisierte Kriminalität sein sollte. Der Große Lauschangriff ist nach wie vor äußerst umstritten. In diesem Zusammenhang hat das Bundesverfassungsgericht 2004 entschieden, dass der Kernbereich der persönlichen Lebensgestaltung dem staatlichen Zugriff verschlossen bleiben muss, selbst wenn dadurch Informationsverluste eintreten.

Die Linkspartei forderte weiter zumindest eine Klarstellung, dass die bisher öffentlichen Angaben zur Anzahl der Überwachungsmaßnahmen bzw. zur Anzahl der gestellten Anträge auch künftig öffentlich verwendbar sind.

Große Befürchtungen gibt es auch in Bezug auf die angestrebten Überwachungsmöglichkeiten im Bereich der Telekommunikation, konkret beim Handyverkehr. Die Linkspartei-Fraktion beantragte deshalb, dass die damit verbundenen Eingriffe auf die Abwehr einer gegenwärtigen dringenden Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer Person begrenzt werden. Damit wäre es möglich, die in der Gesetzesbegründung breit beschriebenen Maßnahmen zur Rettung von Vermissten und Suizidgefährdeten durchzuführen, zugleich aber einer abzusehenden Ausweitung dieses Instruments entgegen zu wirken.

Die Überwachung von Autokennzeichen wird von der Linkspartei ebenfalls in der vorliegenden Form abgelehnt. Durch die Art der Erfassung werden alle Verkehrsteilnehmer in eine mögliche Überprüfung einbezogen, ohne Rücksicht darauf, ob sie selbst als Verantwortliche erkennbar sind. Deshalb beantragte die Linkspartei, dass die Eingriffsschwelle deutlich erhöht wird.

Fazit: Die Änderungsanträge der Linkspartei wurden durch die Mehrheitskoalitionäre abgeschmettert. Und das verschärfte Polizeigesetz kam trotz Gegenstimmen – sogar auch aus SPD-Reihen – durch.

Landesregierung ignorierte Proteste

Am 15. Dezember verabschiedete der Landtag in 2. Lesung mit den Stimmen der Koalition gegen die massiven Proteste der Linkspartei. PDS die 16. Schulgesetznovelle. Koalition und Landesregierung bezeichnen sie als größtes Reformprojekt dieser Legislatur. Die Linkspartei. PDS ist jedoch der Ansicht, dass dieses Gesetz in keiner Weise den Anforderungen an eine zukunftsfähige Schule genügt.

Trotz massiver Einwände und Bedenken von Experten, Vereinen, Verbänden, wie zum Beispiel dem Städte- und Gemeindebund oder dem Landesschulbeirat, sah sich die Koalition zu keinen substantziellen Veränderungen veranlasst. In den vier Anhörungen, die vor der 2. Lesung im Bildungsausschuss stattfanden, äußerten sich von 26 Anzuhörenden 21 - d.h. über 80 Prozent - überwiegend kritisch zum vorliegenden Entwurf und machten wichtige Änderungsvorschläge.

Auch der Druck von Seiten der Schülerinnen und Schüler – am massivsten auf der Schülerdemo am

11.12. geäußert - wurde nicht ernst genommen. Erstmals seit vielen Jahren hatten ca. 600 Schülerinnen und Schüler in einem zweistündigen Marsch durch die Potsdamer Innenstadt unter dem Motto „Lernfabriken abschalten!! Schulgesetznovelle stoppen!!“ gegen die Schulgesetznovelle protestiert.

Während die Landesregierung wenige Tage zuvor allgemein und unverbindlich über Werte diskutierte, forderten die Jugendlichen ihre demokratischen Rechte ein und stimmten mit den Füßen ab. Diese Form des Protestes zeugt von dem tiefen Misstrauen der jungen Leute in die Politik. Von Bildungsminister Rupprecht wurde die Protestaktion damit abgetan, dass sie zu spät gekommen wäre. Er selbst stellte sich den Demonstrierenden vor dem Bildungsministerium nicht, weil er „arbeiten musste“ - so sein Kommentar auf eine dringliche Anfrage der Linkspartei-PDS-Fraktion auf der Landtagsitzung.

Die Verfahrensweise bei der Annahme dieses Ge-

setzes war in höchstem Maße undemokratisch. Das wurde nicht nur von der Opposition, sondern auch von vielen Betroffenen angeprangert. Die Bekenntnisse und Absichten zur Bildung als der wichtigsten Zukunftsinvestition, wie von Ministerpräsident Platzeck und seinem Bildungsminister Rupprecht immer wieder hervorgehoben, werden angesichts dieses Gesetzes als Lippenbekenntnisse empfunden, denn das Gesetz führt

- nicht zu mehr Chancengleichheit,
- nicht zur Sicherung von Schulstandorten und
- nicht zur Erhöhung der Unterrichtsqualität.

Die Linkspartei. PDS griff – leider ohne Erfolg - etliche der im Verlauf der Diskussionen um das Schulgesetz geäußerten Kritiken auf und forderte, die Leistungs- und Begabungsklassen nicht einzurichten und dafür alle Schüler stärker individuell zu fördern, die Unterrichtsqualität zu verbessern, um mehr Schüler zum Abitur zu führen, die Klassenfrequenzen zu senken, Schulen zeitweilig einzügig zu führen und die Schülerbeförderung elternbeitragsfrei zu gestalten. Doch die Koalition schmetterte alle Anträge ab. *Gerrit Große*

tipps und termine

16.01., 18 Uhr

Diskussion „Friedenspolitik heute. Die LINKE und die Anforderungen und Aufgaben angesichts der Entwicklungen in der deutschen Außenpolitik und in den internationalen Beziehungen“, mit: Wolfgang Gehrcke, Arno Neuber u. Tobias Pflüger (angefragt), Kulturhaus Altes Rathaus

25.01., 19 Uhr

Zeitzugengespräch mit Hans Keilson (jüdischer Arzt und Schriftsteller) aus Anlass des Tages des Gedenkens an die Opfer des Holocaustes am 27. Januar, Am Kanal 47

26., 27., 28.01., 19 Uhr

Maxi Wander: szenische Leistung in musikalischer Klavierbegleitung, Villa Kellermann, Mangerstrasse 34-36

30.01., 18 Uhr

Buchpremiere „Wendeland – Fakten und Legenden“ mit der Autorin Prof. Dr. Christa Luft (Berlin), Am Alten Markt 9

03.02., 20 Uhr

Stummfilm „Panzerkreuzer Potemkin“, mit dem Deutschen Filmorchester Babelsberg, Wilhelm-Staab-Straße 10/11

Seniorenfreizeitstätte Dahlweid Stiftung im Zentrum-Ost

Montag, 08. Januar 2007: „Mit Kamera und Kochbuch unterwegs – im Reich der Pharaonen“ mit Dr. Rolf Rönz.

Beginn: 14.30 Uhr

Montag, 15. Januar 2007:

„Von romantischen Schlössern, dem gläsernen Wald, dem goethischen Weimar und der Sächsischen Schweiz“ mit Karl Kreuzt.

Beginn: 14.30 Uhr

Mittwoch, 24. Januar 2007:

„18, 20, Buben 'raus“. Skatturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karlheinz Kunicke.

Beginn: 13.30 Uhr

Montag, 29. Januar 2007:

„Leseschnäppchen am Kaffeetisch“. Mitglieder des Zirkels „Schreibende Senioren“ unter Leitung von Karl Kreuzt lesen Interessantes, Besinnliches oder Humorvolles.

Beginn: 14.30 Uhr Dienstag,

30. Januar 2007: „Vier

Potsdamer auf Ibiza“. Humorvolles und Besinnliches mit Dr. Herbert Schlomm.

Beginn: 14.30 Uhr

OFFENER BRIEF zur Verordnung

„Keinerlei Radfahren mehr in Sanssouci“

An den
Generaldirektor der Stiftung
Preußische Schlösser und Gärten
Berlin-Brandenburg

Sehr geehrter Herr
Professor Dr. Dorgerloh,

nachdem also Ihre Stiftungsverordnung ab 2007 das Fahrradfahren in den Potsdamer Parkanlagen generell und damit auf dem Ökonomieweg in Sanssouci insbesondere verbieten will, und nachdem Ihr Wachleiter Herr Moebius laut Auskunft der Sicherheitsingenieurin der Universität Potsdam, Helga Krieger, darüber informierte, dass speziell für die Kontrolle der Parkanlagen zusätzliche Mitarbeiter eingestellt werden sollen, die dann auch berechtigt sind, festgestellte Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße zu ahnden, nach alldem drängt sich mir

in Anlehnung an das der französischen Königin Marie Antoinette zugeschriebene Diktum über das merkwürdige Volk, das doch einfach Kuchen essen solle, wenn es kein Brot habe, folgendes „Argument“ für Ihre Seite gegenüber womöglich unvernünftigen oder gar provinziellen Potsdamern auf: „Wenn sie nicht mehr Radfahren dürfen, dann sollen sie sich doch einfach mit ihrem Dienstwagen die Scholl-Straße oder die Maulbeerallee entlang chauffieren lassen“. Natürlich wissen Sie, dass beide Straßen im Vergleich zum Ökonomieweg denkbar ungeeignet als Radtrasse sind. Aber warum nicht aus ganz Potsdam ein preußisches Museum machen? Und dann wäre ein radverkehrsberuhigter Ökonomieweg sicher von genau jener Art urbaner „Lebendigkeit“, die einer einflussreichen Minderheit hier offensichtlich sowohl für Sanssouci als auch für die

„historische Mitte“ vorschwebt. Da stören die vielen einfachen Potsdamer nur. Lassen Sie sich nun also keinesfalls den Floh ins Ohr setzen, in dieser museumstechnischen Spezialfrage eben diese Potsdamer zu befragen.

Blieben Sie stark und damit auf Ihrem historisch vorgezeichneten und notwendigen Weg. Da sollte einer der wichtigsten praktischen Rad-Schleich-Wege für viele Potsdamer schon mal auf der Strecke bleiben können.

Ich bin gespannt auf Ihre nächsten Verordnungen zur kulturellen und sozialen Belebung Potsdams.

Sebastian Köhler
(als Potsdamer Bürger
und Steuerzahler einer
Ihrer zahlreichen un-
genannten Financiers)

**Kein Bombodrom!**

Seit 1992 wehrt sich die Bevölkerung in der Region Nordbrandenburg/Südmecklenburg gegen die Errichtung eines Luft-Boden-Schießplatzes in der Kyritz-Ruppiner-Heide. Die Menschen der Region wollen kein „Bombodrom“ - sie wollen die freie Heide! Eine Ausstellung im Haus der Linkspartei in der Alleestraße zeigt Plakate von Künstlern aus Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern, die sich an dem von PRO HEIDE initiierten Plakatwettbewerb gegen das Bombodrom beteiligt hatten. Fotos und weitere Zeitdokumente ergänzen diese Plakate. Unser Foto: Eröffnung der Ausstellung am 8. Dezember 2006 durch Jens-Peter Golde (z.v.r.), Bürgermeister der Fontanestadt Neuruppin, sowie Dr. Kirsten Tackmann, (MdB/Die Linke).

Das Jahr 2007: Für Verbraucher wird sich viel ändern

Mehrwertsteuer: Die Umsatzsteuer auf Waren und Dienstleistungen wird von 16 Prozent auf 19 Prozent angehoben. An der ermäßigten Mehrwertsteuer von sieben Prozent auf Bücher, Zeitungen, Lebensmittel, Schnittblumen oder Tierfutter ändert sich nichts.

Pendlerpauschale: Von 2007 an wird die Pendlerpauschale von 30 Cent pro Kilometer nur noch bei weiten Wegen zur Arbeit gewährt: Fahrten zwischen Arbeits- und Wohnort können erst ab dem 21. Kilometer steuerlich geltend gemacht werden.

Hartz IV: Zu Gunsten einer besseren Altersvorsorge bleibt künftig ein Vermögen von 250 Euro statt wie bisher 200 Euro pro Lebensjahr anrechnungsfrei. Im Gegenzug werden allerdings die Freibeträge für sonstige Ersparnisse von bisher 200 Euro auf 150 Euro pro Lebensjahr abgesenkt.

Kindergeld: Die Bezugsdauer für das Kindergeld wird um zwei Jahre gekürzt.

Rente: Der Rentenbeitrag soll ab 2007 von 19,5 Prozent auf 19,9 Prozent steigen

und dann nach Prognose der Bundesregierung sechs Jahre lang konstant bleiben. Rentner können bis 2009 nicht mit einer Erhöhung ihrer Altersbezüge rechnen. Erst 2009 und 2010 erwartet die Bundesregierung eine geringfügige Anhebung der Altersbezüge um jeweils 0,2 Prozent.

Sparerfreibetrag: Der jährliche Freibetrag, bis zu dem Zinsgewinne aus Kapitalanlagen steuerfrei sind, wird von 1.370 Euro ab 2007 für Alleinstehende auf 750 Euro halbiert. Für Verheiratete gelten 1.500 Euro. Sparer müssen bei ihren Banken auch weiterhin einen Freistellungsauftrag einreichen.

Lebensversicherungen: Der Garantiezins für Lebensversicherungen wird erneut gesenkt – und zwar um einen halben Prozentpunkt auf 2,25 Prozent statt 2,75 Prozent.

Krankenkassenbeiträge: Die gesetzlichen Krankenkassen werden ihre Beiträge im kommenden Jahr im Schnitt um 0,6 Beitragssatzpunkte anheben.

0180- und 0137-Nummern: Telefonkunden müssen sich für 0180-Service- und 0137-Voting-Nummern neue Preise merken. Die Tarife für 0180-5 Nummern klettern von 12 Cent auf 14 Cent pro Minute. Verbindungen mit 0180-4 werden von 24 Cent auf 20 Cent je Anruf gesenkt. Für die Wahl von 0180-1 Nummern gilt ganztagig ein einheitlicher Verbindungspreis von 3,9 Cent pro angefangene Minute. Für 0180-2 und 0180-3 bleibt alles beim Alten. Votingnummern von 0137-1 bis 0137-5 kosten ab Januar einheitlich 14 Cent pro Minute. 0137-6 Nummern werden mit 25 Cent, 0137-7 mit einem Euro, 0137-8 und 0137-9-Verbindungen mit 50 Cent pro Anruf abgerechnet.

Rundfunkgebühren für Internet-PC: Internetfähige Computer werden ab dem kommenden Jahr als Rundfunkgeräte eingestuft und gebührenpflichtig. Als Zweitgeräte sind Internet-PCs in privaten Haushalten gebührenfrei.

Bahnpreise: Fahrkarten im Fernverkehr kosten 5,6 Prozent mehr, im Regionalverkehr sind es 3,9 Prozent.